



Erfurt, 17. März 2022

Vor die Welle kommen! 12 Lehren aus Corona

Die Erwartungen, dass das Infektionsgeschehen nachlässt, erfüllen sich derzeit nicht. Niemand weiß, wie die Entwicklung weitergeht und welche Herausforderungen die Pandemie im Herbst mit sich bringen wird. Deshalb legt der tlv thüringer lehrerverband heute zusammen mit dem VBE Bundesverband – dessen Landesverband der tlv ist – und den weiteren 15 VBE Landesverbänden seine „Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen“ vor und skizziert, was Schulen in der Pandemie künftig dringend brauchen.

„Das Ziel muss es sein, präventiv anstatt reaktiv zu agieren. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Schulen und Kitas nicht wieder geschlossen werden müssen“, kommentiert Tim Reukauf, Sprecher des Jungen tlv. „Um hierfür Hilfestellung zu leisten, haben wir im VBE gemeinsam unsere Erfahrungen und unsere Expertise in „12 Lehren aus Corona“ zusammengefasst. Diese bündeln unsere Erkenntnisse, wie man Schulen für die Zukunft so vorbereiten kann, dass vergleichbare Herausforderungen von ihnen deutlich besser bewältigt werden können. Nach zwei Jahren wissen wir in den Ländern, was unbedingt beachtet werden muss und welche Maßnahmen erforderlich sind“, so Reukauf weiter.

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, betont: „Die Pandemie hat uns alle vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, wie wir sie in dieser Art noch nie zuvor zu bewältigen hatten. Das gilt auch für Politikerinnen und Politiker. Auch ihnen kann man keine Perfektion abverlangen, wenn sie mit Situationen konfrontiert sind, die in diesem Rahmen noch nie da gewesen sind. Der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn sprach davon, dass wir uns viel verzeihen werden müssen. Dazu sind wir bereit. Gleichfalls erwarten wir aber, dass die Politik jetzt, wo wir alle aus den gemachten Erfahrungen lernen mussten und lernen konnten, alles unternimmt, um auf die nächste Welle vorbereitet zu sein.“

Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen - 12 Forderungen des VBE an die Politik

1. Die Politik muss für alle an Schule Beteiligten transparent und nachvollziehbar machen, auf welcher wissenschaftlichen Basis sie welche Entscheidungen getroffen hat!

2. Die Politik muss bei ihren Entscheidungen die Lebens- und Schulrealität besser beachten. Dafür müssen auch die Interessenvertretungen von Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräften in die Beratungen einbezogen werden, bevor Maßnahmen festgelegt werden!
3. Die Politik muss transparente Stufenpläne auf der Basis bundeseinheitlicher Kriterien entwickeln, welche Maßnahmen bei welchem Infektionsgeschehen zu ergreifen sind!
4. Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass Vorgaben aus den Ministerien mit realistischem Vorlauf an die Schulen gegeben werden!
5. Die Politik muss in den Schulen einen bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährleisten, wo erforderlich auch durch den Einsatz technischer Geräte, um Präsenzunterricht zu ermöglichen!
6. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte nur für das eingesetzt werden, für das sie ausgebildet sind!
7. Die Politik muss die Leistung der Lehrkräfte anerkennen und sich schützend vor sie stellen.
8. Die Politik muss Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anerkennen, statt sich nur auf kognitive Leistung zu fokussieren.
9. Die Politik muss das Bildungssystem dauerhaft mit Ressourcen ausstatten, sodass eine individuelle Förderung möglich wird. Sie muss zudem wirkungsvolle Strategien entwickeln, um pandemiebedingte kognitive und sozial-emotionale Defizite bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auszugleichen. Eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams ist dafür unabdingbar.
10. Die Politik muss sicherstellen, dass dem Ausstattungsschub mit digitalen Endgeräten echte Innovation beim Lehren und Lernen folgt.
11. Die Politik muss das Kooperationsverbot durch eine in der Verfassung verankerte Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen ersetzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Wohnort und sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können.
12. Die Politik muss dafür sorgen, dass so in Schulbauten investiert wird, dass in ihnen zeitgemäßes Lernen, Lehren und Schulleben zu jeder Zeit sicher möglich ist.